

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 086-2016
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.366

Eingereicht am: 30.03.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Guggisberg (Kirchlindach, SVP) (Sprecher/in)
Klopfenstein (Zweisimmen, FDP)
Freudiger (Langenthal, SVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt: Nein

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Zum Schutz von Leib und Leben von Einsatzkräften und zur Wiederherstellung der Rechtsordnung

1. Der Regierungsrat wird beauftragt, zum Schutz der Polizeikräfte bei Einsätzen um die Reitschule Bern ab sofort mit der notwendigen personellen Stärke zu operieren.
2. Im Weiteren wird er aufgefordert, beim Regierungsratshalter dafür zu sorgen, dass im Sicherheitskonzept der Reitschule verankert wird, dass ein von der IKUR unabhängiger Sicherheitsdienst für Ruhe und Ordnung im Inneren der Reitschule sorgt.
3. Der Regierungsrat wird beauftragt, die notwendigen Schritte an die Hand zu nehmen, um die Stadt Bern betreffend Sicherheit in der und um die Reithalle von der strategischen Verantwortung zu entlasten.

Begründung:

Vom 5. auf den 6. März 2016 ist die Polizei von gewaltbereiten Aktivisten vorsätzlich zwischen zwei improvisierten Strassensperren auf der Schützenmattstrasse in einen Hinterhalt gelockt worden. Die Linksautonomen haben die Polizei und später auch die Feuerwehr vom Dach der

Reitschule aus mit Steinen und Feuerwerkskörpern angegriffen, heisst es im Communiqué der Polizei. Dabei seien 11 Polizisten verletzt worden.

Die Ausschreitungen in letzter Zeit haben das tolerierbare Mass bei weitem überschritten. Schon letzten Februar, also vor einem Jahr, sind in terrorähnlicher Manier die Polizeiwache und sechs Polizeifahrzeuge angegriffen und verwüstet worden. Verfolgen die Polizisten die verummten Aggressoren, so können sie diese nur bis auf den Vorplatz verfolgen.

Die Möglichkeit, sich nach illegalen Aktionen in einen Sektor der Autonomie zurückziehen zu können, verstösst gegen unsere Rechtsordnung. Dieser Zustand ist in der Stadt Bern politisch breit abgestützt bzw. zumindest geduldet. Aus diesem Grund ist es höchste Zeit, dass der Regierungsrat aktiv wird.

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat